

BESCHLUSSPROTOKOLL II

der 19. Sitzung des Bundesrates vom 16. Mai 1973

I. AUSSPRACHEN

1. Auslandsreisen der Mitglieder des Bundesrates

Als schriftliche Grundlage liegt ein Exposé des Bundeskanzlers vor, das im Auftrage des Bundespräsidenten ausgearbeitet wurde. Darin wird ein Ueberblick über die für das Jahr 1973 noch vorgesehenen Auslandsreisen der Mitglieder des Bundesrates gegeben, sowie eine Vorschau auf das Jahr 1974. Das Arbeitspapier schliesst mit den Worten: "In formeller Beziehung stellen wir fest, dass für die Teilnahme an internationalen Konferenzen jeweils ein schriftlicher Antrag eingereicht wird. Dieses Verfahren hat sich unseres Erachtens sehr bewährt. Es stellt sich deshalb die Frage, ob nicht auch für sogenannte "Besuchsreisen" inskünftig das gleiche schriftliche Verfahren gewählt werden sollte. Es wäre dies sicher für das Kollegium der beste Weg, um die Sache in Griff zu bekommen". In seinen ergänzenden Aeusserungen verweist Herr Bundeskanzler Huber auf das kritische Echo auf die Auslandsreisen der Bundesräte, das in den letzten Wochen in der Presse festzustellen war. Die Frage, ob weniger Reisen in Aussicht genommen werden sollen, ist aber eine Angelegenheit des Bundesrates selbst.

Herr Bundesrat Tschudi dankt für die Unterlage des Bundeskanzlers und unterstützt vorweg den Antrag, dass auch für die "Besuchsreisen" inskünftig dem Bundesrat ein schriftlicher Antrag unterbreitet werden soll. Das negative Echo in der Oeffentlichkeit zeigt, dass offenbar weite Kreise noch der Meinung sind, die Bundesräte sollten nicht ins Ausland reisen. Es ist dies einerseits ein Ausdruck der Kleinlichkeit, die noch weit verbreitet ist - andererseits haben die Leute in dem Sinne recht, dass eine Regierung mit nur 7 Mitgliedern nicht die gleiche internationale Tätigkeit entfalten kann wie eine Regierung mit 15 oder 20 Mitgliedern. Auch Herr Bundesrat Brugger ist einverstanden mit der Einführung eines formellen Antragsverfahrens über Besuchsreisen. Die Tabelle der Bundeskanzlei gibt seines Erachtens im übrigen zu keiner Beunruhigung Anlass. Die Kritik ist namentlich deshalb gekommen, weil gleichzeitig drei Bundesräte miteinander reisten. Man muss dem Volk aber auch sagen, dass die internationalen Verpflichtungen heute bedeutend intensiver geworden sind, so dass auch mehr Reisen ins Ausland notwendig sind. Herr Brugger fragt sich in diesem Zusammenhang, ob er die Einladung zu einem Besuch der Industrieausstellung in São Paulo (Brasilien) annehmen wolle. Er zögert heute mehr denn je

Herr Bundesrat Gnägi ist ebenfalls einverstanden mit dem schriftlichen Antragsverfahren. Auch er hatte den Eindruck, dass das Zusammenfallen von drei Auslandsreisen von Mitgliedern des Bundesrates die Kritik in der Öffentlichkeit geradezu provozierte. Eine gewisse Zurückhaltung ist sicher am Platz. Herr Bundesrat Graber sieht für das Jahr 1974 bereits 4 Reisen vor. Sind diese vier alle notwendig? Herr Bundeskanzler Huber macht darauf aufmerksam, dass bei der Ansetzung von Auslandsreisen soweit immer möglich der Mittwoch "geschont" werden sollte. Man kann nicht den Parlamentariern immer wieder in Erinnerung rufen, dass sie die Mitglieder des Bundesrates am Mittwoch nicht für Kommissionssitzung beanspruchen sollten, gleichzeitig aber Auslandsreisen auf diese Tage legen, ohne dass in parlamentarischen Kreisen eine negative Reaktion eintritt. Herr Bundesrat Graber verweist darauf, dass die Bundeskanzlei alle zwei Monate einen Ueberblick über alle Reisen der Mitglieder des Bundesrates erstellt. Jetzt wird so diskutiert, wie wenn diese gegenseitige Orientierung gar nicht bestände. Der Chef des EPD ist durchaus einverstanden mit dem Gebot zur Zurückhaltung, hält aber dafür, dass sich diese Auslandsreisen nicht in irgendwelchen Richtlinien einfangen lassen. Einverstanden ist er hingegen mit dem schriftlichen Antragsverfahren gemäss dem Arbeitspapier des Bundeskanzlers. Herr Bundespräsident Bonvin stellt im Sinne einer Zwischenbemerkung fest, dass die wahrheitswidrigen Behauptungen über den "Alleingang" von Herrn Bundesrat Graber nach Kairo offiziell bereits dementiert worden sind. Herr Graber hält dafür, dass der Charakter seiner Reise nach Kairo offenbar nicht ganz bekannt gewesen ist. Der Grund lag im Botschaftertreffen, wenn er aber in einen andern Staat reist, wird er stets auch seinen Kollegen, den dortigen Aussenminister, begrüßen sowie die übrigen protokollarischen Besuche zu absolvieren haben. So sieht das ägyptische Protokoll stets nebst dem Besuch beim Staatspräsidenten auch einen Besuch beim Generalsekretär der arabischen Liga vor. Besonders bedauerlich war, dass der Pressedienst einer Regierungspartei ohne jede Abklärung des Sachverhalts in wahrheitswidriger Weise polemisierte. Herr Bundespräsident Bonvin hält dafür, dass die Reise von Herrn Graber nach Kairo für die schweizerische Neutralität als positiver Faktor zu werten ist. Herr Bundesrat Celio hat beim freisinnigen Pressedienst wegen der Angriffe gegen Herrn Graber interveniert. Man hat ihm darauf präzisierend gesagt, der freisinnige Pressedienst habe nicht formell erklärt, dass Herr Graber ohne Mandat gereist sei, er habe lediglich das offizielle Mandat in Frage gestellt. Schlimm wurde dann die Sache, als die Depeschenagentur den Artikel des freisinnigen Pressedienstes übernahm und in ihrer Formulierung den Anschein erweckte, die Reise von Herrn Graber sei ohne Wissen und Zustimmung seiner Kollegen erfolgt. Bezüglich der Opportunität der Reise nach Kairo kann man Zweifel hegen - jetzt hinterher ist es aber leicht,

zu philosophieren. Die Reise an sich war übrigens durchaus in Ordnung, was zu befürchten war, waren aber die Spekulationen, die darum herum angestellt wurden. Sie sind auch prompt eingetroffen. Auf Grund der Reportagen des Fernsehens entstand durchaus die Meinung, Herr Graber sei in Kairo im Sinne eines Vermittlungsmandats für den Nahen Osten tätig. In dieser Richtung wirkten sich insbesondere die offiziellen Empfänge aus, die im Fernsehen lang und breit ausgestrahlt wurden. Auch Herr Bundesrat Brugger unterstreicht, dass durch die Fernsehreportagen die Gewichte der Reise nach Kairo in der Öffentlichkeit verschoben wurden. Die Ägypter hatten offenbar ein Interesse daran, den Höflichkeitsbesuch von Herrn Graber in einen Staatsbesuch umzubiegen und ihn zu Propagandazwecken zu missbrauchen. Als er, Herr Brugger, nach Moskau reiste, haben die Russen in verschiedener Hinsicht versucht, seinen Besuch ebenfalls in dieser Richtung auszunützen. Herr Bundespräsident Bonvin fragt sich, ob man der Presse bei Besuchen dieser Art vermehrte Dokumentation abgeben sollte. Herr Bundeskanzler Huber erinnert daran, dass die Presse durch ein Communiqué schon vor der Abreise von Herrn Graber ausdrücklich darüber informiert wurde, dass mit dieser Reise keinerlei Vermittlungsversuch verbunden sei. Auch von mehr Dokumentation ist leider nicht viel zu erwarten. Herr Bundesrat Graber ist gleicher Meinung. Die Presse wurde vor seiner Abreise sehr gut orientiert, und nicht nur ein einziges Mal. Erschreckend war aber auch, dass das Fernsehen eine Equipe für eine ganze Woche nach Kairo sandte. Es kommt dies einer skandalösen Geldverschleuderung für die paar Bilder gleich, die nötig waren - ganz zu schweigen vom tort moral, der ihm durch diese Equipe beigefügt wurde.

Der Rat bespricht dann die Uebersicht über die Reisen, welche die Bundeskanzlei zusammengestellt hat. Dabei fällt auf, dass der Chef des EPD in der gleichen Woche in Bonn und Tel Aviv sein wird. Es wird beschlossen, die Reise nach Bonn auf den November zu verschieben.

Herr Bundesrat Tschudi gibt in diesem Zusammenhang bekannt, dass er eine Einladung des Erziehungsministers von Rumänien, der nun ohnehin durch einen neuen Titular ersetzt worden ist, absagen werde.

2. Aussprache mit den Partei- und Fraktionspräsidenten

Die Delegation für die Aussprache vom 24.5.1973 mit den Partei- und Fraktionspräsidenten der Regierungsparteien wird wie folgt bestellt: Bundespräsident Bonvin, Bundesrat Celio (für das Thema Inflationsbekämpfung), Bundesrat Graber und Bundeskanzler Huber.

3. Konsultativkommission für die Beziehungen der Schweiz zur UNO

Herr Graber äussert sich ergänzend zum Bericht des EPD vom 25.4.1973 sowie zu den kritischen Bemerkungen des Bundeskanzlers vom 11. Mai 1973 zu diesem Geschäft. Er anerkennt die Begründung der Kritik des Bundeskanzlers durchaus, sieht aber nur wenig Möglichkeiten, die Sache besser zu machen. In dieser Kommission müssen Leute sein, die mit dem Problem einigermaßen vertraut und bereit sind, sich damit auseinander zu setzen. Dazu gehören zwangsläufig auch die Parlamentarier, weshalb kein Grund besteht, sie nicht zu berücksichtigen. Man hat im EPD auch das Fehlen von Vertretern der Jugend und der Frauen bemerkt, ist aber zu keinen konkreten Vorschlägen in dieser Richtung gekommen. Herr Tschudi regt an, eine Vertretung der Jugend bei den religiösen Jugendorganisationen zu suchen, da diese zu den zahlenmässig stärksten Gruppierungen der Jungen gehören. In Beantwortung einer Anfrage von Herrn Gnägi teilt Herr Graber mit, dass die Aufgabe dieser Kommission insbesondere darin bestehen werde, den nächsten der seinerzeit vom Bundesrat versprochenen Zwischenberichte über unser Verhältnis zur UNO zu bearbeiten. Herr Celio ist mit der Bildung der Kommission grundsätzlich einverstanden, hält aber mit Herrn Tschudi dafür, dass die Jugendorganisationen berücksichtigt werden sollten. Herr Furgler unterstreicht diese Notwendigkeit ebenfalls, und fragt sich im übrigen, ob man die Fraktionspräsidenten gewissermassen von Amtes wegen in diese Kommission hineinnehmen kann. Herr Graber stellt dazu fest, dass man gegebenenfalls auch die Fraktionen selbst über ihre Vertretung entscheiden lassen kann. Herr Bundeskanzler Huber unterstreicht abschliessend, dass er die Kritik an der Zusammensetzung dieser Kommission vorbrachte, weil, auf Grund der bekannten kritischen Einstellung des Parlaments, gegenüber der vorgesehenen Zusammensetzung zweifellos Vorbehalte zu erwarten sind. Im übrigen unterstreicht er nochmals, dass die Jugend und die Frauen besser berücksichtigt werden sollten. Herr Graber nimmt von diesen Darlegungen Kenntnis; er wird dem Bundesrat demnächst einen schriftlichen Antrag für die Einsetzung der Kommission unterbreiten.

4. Landesverteidigung/politische und psychologische Aspekte

Herr Gnägi legt in einem einleitenden Exposé dar, dass das EMD, vom Geschäftsbericht 1972 ausgehend, in Kursen und Schulen eine Umfrage durchgeführt hat, um abzuklären, wo die Gründe der heute nicht mehr selbstverständlichen Zustimmung - namentlich der Jugendlichen - zur Landesverteidigung liegen. Es hat sich dabei ergeben, dass die Wehrfreudigkeit nicht nur in der Schweiz, sondern international, selbst im Osten, gegenüber früher eine Einbusse erlitten hat. Die Opposition richtet sich dabei nicht nur gegen die Wehrbereitschaft im besondern, sondern gegen das sogenannte Establishment schlechthin. Ein erster Grund

liegt in der seit langem anhaltenden Hochkonjunktur. Man kennt praktisch keine wirtschaftlichen Nöte mehr, demgegenüber aber auch - vermehrt - eine gewisse seelische Leere. Daher zum Beispiel der Erfolg der Drogen. Die Jugend ist ferner kritischer und selbstbewusster geworden. Sie stellt Dinge in Frage, die früher unbestritten waren - andererseits ist sie auch wieder zu ausserordentlichen Leistungen fähig. Tatsache ist ferner, dass die heutige Jugend offener, weltweiter geworden ist. Nationalistisches Denken ist ihr deshalb eher fremd. Dazu kommt, dass die Generation, die den Aktivdienst miterlebt hat, ausstirbt. Grosse Teile der Jugend sehen keine militärische Bedrohung unseres Landes. Gleichzeitig werden die Verteidigungsmöglichkeiten des Kleinstaates in Frage gestellt. Die Verteidigungsausgaben werden als übersetzt betrachtet und man hat den Eindruck, dass diese Gelder andernorts besser eingesetzt werden könnten (Umweltschutz, Entwicklungshilfe usw.): Ein Teil der Jugend lehnt sich auch offen gegen die Armee auf, weil sie darin eine undemokratische, unfreiheitliche Organisation sieht. Auch die Verteidigungswürdigkeit unserer heutigen Verhältnisse wird nicht durchgehend bejaht. Oft sieht man in der Armee nur den Verteidiger der obern Schichten. Andere Oppositionskreise stützen sich auf religiöse und pazifistische Gründe ab.

All diese Schwierigkeiten zeigen sich aber nicht nur in der Armee, sondern auch in der Familie sowie in der Schule. Dabei darf nicht übersehen werden, dass viele Lehrer auch nicht mehr die Lehrer von früher sind. Erosionserscheinungen zeigen sich aber auch bei den Kirchen und schliesslich auch beim Staat, wo das Interesse an den öffentlichen Angelegenheiten zurückgeht. Dabei handelt es sich aber offenbar um eine Wellenbewegung. Man hat ähnliche Situationen schon früher festgestellt: An Gegenmassnahmen kommen in Frage: Intensivierung der Aufklärungsarbeit für die Wehrbereitschaft, vermehrte Truppenaufklärung über Heer und Haus, Tage der offenen Tür (Kontakt) Bevölkerung-Armee, vermehrte Aufklärung der zukünftigen Rekruten im Alter vor der Militärdienstpflicht, Gespräche mit der Jugend in Schulen und Kirchen, Erneuerung des Dienstbetriebes unter den verschiedensten Gesichtspunkten. Ganz generell ist es notwendig, die heutige gesellschaftspolitische Lage genau zu analysieren. Es steht nicht nur die Armee zur Diskussion.

Herr Furgler begrüsst diese Untersuchungen sehr. Es ist notwendig, die ganze Motivation der Armee und unserer Verteidigungsbereitschaft zu überprüfen. Die Jugend will heute dem Staat ganz vertrauen können, bevor sie zu seiner Verteidigung bereit ist. Die Armee muss versuchen, sich noch mehr und natürlicher darzustellen. Sie muss mit den Jugendlichen den Kontakt finden, ohne in Indoktrination zu machen. Im übrigen geht es hier nicht nur um die Armee,

doch sollte das EMD zunächst einmal in einem Papier diese seine Ueberlegungen niederlegen und dem Bundesrat sagen, welche Schlussfolgerungen es daraus zieht. Herr Tschudi unterstreicht seinerseits, dass für die kommende Generation die Motivation entscheidend ist. Es muss der Jugend zunächst dargelegt werden, dass unser Staat vertrauenswürdig ist und dass sie sich mit ihm identifizieren kann. Ist diese Erkenntnis da, lässt sich auch erklären, dass er verteidigungswürdig ist. Dann kommt aber gleich die Frage, ob diese Verteidigung nur militärisch sein muss. Da keine sichtbare militärische Bedrohung existiert, muss das Schwergewicht auf die Gesamtverteidigung gelegt werden. Herr Bundespräsident Bonvin macht darauf aufmerksam, dass oft auch der Mangel an Psychologie einzelner Kommandanten auf die Einstellung der jungen Leute (im Militär) negativ wirkt. Herr Celio kommt seinerseits auf die Motivation zurück. Die Heldengeschichten ziehen nicht mehr. Im Vordergrund muss heute der Schutz unserer verteidigungswürdigen demokratischen Institutionen stehen. Es gibt aber leider noch viele Offiziere, die von dieser Aenderung der allgemeinen Geisteshaltung keine Notiz nehmen. Auffallend ist dabei, dass welsche Offiziere oft weniger offen sind als ihre Kollegen in der deutschen Schweiz. Auch die Offiziersgesellschaften sollten alles meiden, das die Offiziere als Klasse erscheinen lässt. Herr Bundeskanzler Huber unterstreicht die Notwendigkeit der Erstellung eines Arbeitspapiers durch das EMD. Sobald dieses vorliegt, sollte die Diskussion auf der Basis dieser schriftlichen Unterlage fortgesetzt werden. Herr Graber hält dafür, dass die Darstellung der Schweiz als weltoffenes Land bei der Jugend heute allmählich am besten ankommt. Viele militärische Kreise sind aber in dieser Hinsicht nach wie vor zurückhaltend und zu konservativ.

Herr Gnägi ist bereit, dem Rat seine Ueberlegungen schriftlich zu unterbreiten.

II. UMFRAGEN

Herr Tschudi

- wirft die Frage der Ratifikation der Menschenrechtskonvention nach der Abstimmung vom 20. Mai auf. Herr Graber erwidert darauf, dass nach den Erklärungen, die wiederholt abgegeben worden sind, diese Ratifikation in die Wege geleitet wird, und zwar unabhängig vom Ausgang der Abstimmung vom 20. Mai.

Herr Gnägi

- orientiert den Rat über eine Aussprache, die er - zusammen mit Herrn Graber - mit dem Komitee für vermehrte Rüstungskontrolle hatte. Die Begegnung darf positiv gewürdigt werden; es war gut, dass sich zwei Mitglieder des Bundesrates für die Aussprache mit diesem Komitee zur Verfügung stellten.

Herr Furgler

- gibt dem Rat Kenntnis vom Eingang von drei "Beschwerden gegen den Gesamtbundesrat betreffend Volksabstimmung des 20.5.73 zum Jesuitenverbot". Es handelt sich um ein gedrucktes Flugblatt, das verteilt wird mit der Aufforderung an die Bürger, es dem JPD zuzustellen. Inhaltlich wird dem Bundesrat eine Verletzung der Informationspflicht betreffend die Duldung von Jesuiten in der Schweiz vorgeworfen (Lücke in der Botschaft) und es wird verlangt, dass die Abstimmung vom 20.5.73 abgesetzt wird. Da es sich um eine Beschwerde gegen den Bundesrat handelt, sollte das Flugblatt der Bundesversammlung überwiesen werden. Ferner wird beschlossen, die Öffentlichkeit durch eine Pressemitteilung zu orientieren und den drei Bürgern, die die "Beschwerde" mit Angabe in der Adresse eingesandt haben, sofort eine entsprechende Antwort durch die Bundeskanzlei erteilen zu lassen. Nachtrag: Am Donnerstag, 17. Mai, sind die Herren Bundesräte Tschudi und Furgler einvernehmlich mit Herrn Bundeskanzler Huber und in Uebereinstimmung mit einer Anregung von Vizekanzler Buser übereingekommen, die in Aussicht genommene Pressemitteilung nicht zu publizieren, da damit einerseits der Sache eine zu grosse Bedeutung beigegeben würde und andererseits in letzter Minute vor der Abstimmung in der Öffentlichkeit Verwirrung entstünde.

Herr Bundeskanzler Huber

- gibt dem Rat Kenntnis von einem Beschluss des Büros des Nationalrates, das die Frist des Parlaments für die Behandlung von Initiativen um ein Jahr verlängern möchte. Der Bundesrat muss sich schlüssig werden, ob er für die ihm zustehende Frist ebenfalls eine Verlängerung anbegehren will;
- gibt bekannt, dass nach dem Beschluss der Büros der Räte der Geschäftsbericht und die Staatsrechnung doch wieder getrennt behandelt werden sollen. Es wird in Aussicht genommen, dass bei der Staatsrechnung ausschliesslich Herr Celio dabei sein wird.

Herr Celio

- orientiert den Rat kurz über die Entwicklung der Währungslage. Seit ca 48 Stunden ist eine neue Unruhe festzustellen. Der Goldpreis ist noch mehr gestiegen, der Dollarpreis wieder etwas gefallen. Sollte sich diese Entwicklung

Herr Celio - Fortsetzung

akzentuieren, bestände die Gefahr, dass das europäische System gesprengt werden könnte. Man kann aber weder über die Hintergründe der neuen Unruhe noch über die Folgen irgendetwas Bestimmtes aussagen. Für den Moment muss weiter abgewartet werden.

22.5.1973 Br/Ba

BUNDESKANZLEI

geht an die Herren

- Departementvorsteher (7)
- Bundeskanzler (1)
- Vizekanzler (2)